

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 1

Vereinsnachrichten: Unsere Herbsttagung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Büro des *Schweizerischen Friedensrates* hat beschlossen eine Initiative für ein Waffenausfuhrverbot zu lancieren. Wir werden in der Februarnummer der «Neuen Wege» ausführlicher darüber berichten. Red.

Unsere Herbsttagung

die aus bekannten Gründen etwas verspätet stattfand, wurde durch einen Vortrag von Professor Jaroslav Zourek eingeleitet, für den wir ihm sehr dankbar sind. Red.

Wege zur europäischen Sicherheit

Abriss des am 1. Dezember 1968 in Zürich gehaltenen Vortrages

Das Streben nach Sicherheit in der Beziehung zur Aussenwelt bildete seit uralten Zeiten das Hauptziel im Leben zuerst der Stämme und Völker und später der Staaten. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde die Sicherheit von Staaten fast ausschliesslich durch ihre eigene Macht und die ihrer Verbündeten verwirklicht. In dieser langen Epoche stützte sich die Sicherheit eines Staates auf das Gleichgewicht der Mächte, das meistens durch Defensiv- oder Offensivallianzen zustande gebracht wurde. Zur Wahrung der Sicherheit der Staaten ist im 16. und 17. Jahrhundert auch die Neutralität als Institution des Völkerrechts entstanden. Die auf dem *Prinzip des Gleichgewichts der Macht* beruhende Aussenpolitik der Staaten führte leider mit unausweichlicher Regelmässigkeit früher oder später zum Krieg. Nach der Einschätzung des schweizerischen Gelehrten Jean-Jacques Babel gab es in der Zeitspanne von 5000 Jahren mehr als 15 500 grössere oder kleinere Kriege, die Hunderten von Millionen Menschen das Leben gekostet haben. Der europäische Kontinent hat das traurige Primat in dieser grausamen Rangliste. Die Kriege im XIX. Jahrhundert allein haben in Europa 5,5 Millionen Opfer gefordert. Der Erste Weltkrieg verursachte den Tod von ungefähr 10 Millionen Menschen, also zweimal mehr als alle Kriege im XIX. Jahrhundert. Europa hatte wiederum die höchste Zahl von diesen Verlusten zu tragen.

Nach den Blutbädern und Verwüstungen des Ersten Weltkrieges machte man den Versuch, das traurig-berühmte System des Gleichgewichts der Macht durch eine auf dem *Prinzip der kollektiven Sicherheit beruhende Organisation des Weltfriedens* zu ersetzen. Es wurde der Völkerbund gegründet, dessen Satzung vom Grundgedanken ausging, dass jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg eine Angelegenheit des ganzen Völkerbundes war und dass der Völkerbund die zum wirksamen Schutz des Bundes geeigneten Massnahmen zu ergreifen hatte – Art. 11, Absatz 1. Dadurch wurde zum ersten Mal in der neueren Geschichte, in einem zwischenstaatlichen Vertrage der Weltfriede als dem gemeinsamen Wohl und Interesse der Menschheit dienend, verkündet. Das war eine grosse Errungenschaft im Kampf um die Sicherung des Weltfriedens. Es war auch die ideologische

Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Systems der kollektiven Sicherheit.

Der Völkerbund konnte trotz allen Unvollkommenheiten und Mangel an Universalität ein wirksames Mittel im Kampf gegen die faschistischen Mächte für die Erhaltung des Friedens werden. Leider haben sich damals die Regierungen der führenden Mächte – Grossbritannien und Frankreich – geweigert, die aus der Satzung des Völkerbundes sich ergebenden Verpflichtungen zur Abrüstung rechtzeitig durchzuführen; sie haben grobe Verletzungen der Völkerbundssatzung geduldet, gegenüber den Aggressorstaaten die Politik des Gleichgewichts der Mächte zu erneuern versucht und die Beschwichtigungspolitik – «appeasement» – getrieben, die zur Münchner Kapitulation vom September 1938 und zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges geführt hat, der nach konservativen Schätzungen ungefähr 50 Millionen Menschen ums Leben gebracht hat, von denen 25 Millionen der Zivilbevölkerung angehörten. Von neuem musste der europäische Kontinent die überwiegende Mehrzahl der Verluste tragen.

Belehrt durch die frühen Erfahrungen hat die Koalition der gegen die faschistischen Mächte kämpfenden Staaten eine viel bessere Organisation für die Erhaltung des internationalen Friedens und internationaler Sicherheit durch die in San Francisco im Jahre 1945 angenommene Charta der Vereinten Nationen gegründet. Nach diesem Vertrag ist der Gebrauch von Gewalt grundsätzlich nur in den von der Charta ausdrücklich bestimmten Fällen gestattet, zu denen auch die Selbstverteidigung *gegen eine bewaffnete Aggression* gehört.

Es gelang nicht, dieses in der Charta verankerte System der kollektiven Sicherheit ins Leben zu rufen und sein reguläres Funktionieren sicherzustellen. Die ideologische Teilung der Welt, der kalte Krieg, die seit der Entstehung der Organisation fehlende «dritte Kraft», das Wettrüsten der beiden Supermächte sind daran in erster Linie schuldig. In dieser sehr unbefriedigenden Lage ist es dringend nötig, den einzigen Weg zu betreten, der uns bleibt, das heisst die kollektive Sicherheit im Massstab der Kontinente, also *als Regionalsysteme*, ins Leben zu rufen. In erster Reihe ist dies für Europa unerlässlich, das in der Vergangenheit und insbesondere in den beiden Weltkriegen ungeheure Blutopfer und astronomische materielle Schäden erlitten hat. Es ist wahrscheinlich, dass ein dritter Weltkrieg die Vernichtung des überwiegenden Teiles Europas zur Folge haben würde. Ausserdem auferlegen die Rüstung diesem Kontinent zum Nachteil anderer, dringender Bedürfnisse ungeheure Ausgaben. Diese betrugen im Jahre 1965 113 Milliarden nur für die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa zusammen (für alle Staaten der Welt 130 Milliarden Dollar).

Es ist zu betonen, dass die Charta der Vereinten Nationen mit den regionalen Organisationen rechnet und als Bedingung nur festsetzt, dass die Ziele solcher Organisationen mit denen der erwähnten Weltorganisation im Einklang stehen müssen.

Der Plan der die europäische Sicherheit bezweckenden Organisation muss, wenn er eine Chance auf Verwirklichung haben soll, *allen europäi-*

schen Staaten annehmbar sein. Er muss daher folgenden Kriterien entsprechen:

a) Die europäische Organisation der kollektiven Sicherheit muss alle Staaten Europas erfassen, die beiden deutschen Staaten mit inbegriffen.

b) Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der gesellschaftlichen und politischen Systeme der europäischen Staaten muss sich die beantragte Organisation auf die Sicherstellung der in der Charta der Vereinten Nationen festgesetzten Ziele beschränken.

c) Bei der Organisation der europäischen Sicherheit müssen das Prinzip der Souveränität und der Gleichheit der Staaten sowie die anderen Prinzipien der friedlichen Koexistenz unbedingt respektiert werden.

d) Endlich darf die geplante Organisation das in Europa existierende Gleichgewicht der militärischen Kräfte nicht berühren.

Es ist zu unterstreichen, dass es sich um keine neue Frage handelt. Diese Frage wurde schon im Jahre 1954 sowohl auf der Berliner Konferenz der Aussenminister, 25. Januar bis 18. Februar 1954, als auch auf der Genfer Konferenz der vier Regierungschefs, 18. bis 23. Juli 1955, und auf der Konferenz der Aussenminister ebendort, 27. Oktober bis 16. November 1955, zur Diskussion gestellt. Die Sowjetunion hat diesen Konferenzen ihren Entwurf und die drei westlichen Mächte – USA, Grossbritannien und Frankreich – haben der Konferenz der Aussenminister in Genf ein diese Frage betreffendes Memorandum vorgelegt. Die Laborpartei in Grossbritannien hat im Jahre 1958, als sie noch in der Opposition war, Vorschläge bezüglich der Sicherheit Europas gemacht. Der Präsident der Französischen Republik, General De Gaulle, hat sich mehrmals für die Vereinigung Europas vom Atlantik bis zum Ural ausgesprochen. Vor einiger Zeit haben die Staaten des Warschauer Vertrages an der Tagung, die im Juli 1966 in Bukarest stattfand, eine Erklärung über die kollektive Sicherheit in Europa angenommen. Es ist zu bedauern, dass diese Initiative bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt hat. Im April 1967 hat die Konferenz der Kommunisten- und Arbeiterparteien in Karlovy Vary – Karlsbad – ein konkretes Programm vorbereitet, das die kollektive Sicherheit in Europa verwirklichen soll. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei könnte man sich allerdings die Frage stellen, ob die Sowjetunion noch an diesem Entwurf Interesse hat. Es ist jedoch hervorzuheben, dass der sowjetische Aussenminister Gromyko in seiner Rede vor der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen wiederum an den oben angeführten Plan erinnert hat.

Es wäre allerdings angebracht, vor der Einberufung einer Konferenz, die die europäische Organisation betreffende Akte annehmen sollte, bestimmte Teilmassnahmen zwecks Entspannung und Herstellung des Vertrauens in Europa zu treffen. Um den Übergang von dem jetzigen System zum neuen System der kollektiven Sicherheit zu ermöglichen, scheint es ferner unerlässlich, die jetzigen Militärblöcke noch einige Zeit bestehen zu lassen.

Die Vorteile des neuen Systems wären wirklich in vielen Hinsichten ungeheuer. Es ist der einzige Weg, den Frieden in Europa auf die Dauer

sicherzustellen und dadurch die Voraussetzungen für eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen zu schaffen. Dieses Programm stellt auch die letzte Chance für Europa dar. *Es gibt keine andere Alternative* für die Politik des Gleichgewichts der Mächte, die, wie schon betont wurde, immer zum Krieg geführt hat. Die supranationale Lösung, die manchmal befürwortet wird, muss für Europa, dessen Staaten zu zwei verschiedenen sozial-ökonomischen Systemen gehören, als vollkommen unrealistisch abgelehnt werden.

Jaroslav Zourek

Im Anschluss an das Referat von Professor Zourek ergab sich eine lebhafte und auf hohem Niveau stehende Diskussion. Das Thema des Nachmittags war die Analyse des kürzlich erschienenen Werkes «Gewaltfreier Aufstand» von Theodor Ebert. Herr Pfarrer W. Kobe befasste sich in seiner prägnanten und überlegenen Art mit den Thesen des Werkes. Unsere Leser finden eine Besprechung des Buches in dieser Nummer der «Neuen Wege».

Red.

Die Besetzung der CSSR durch die Warschau-Pakt-Mächte

Wenn man zu einem abgewogenen Urteil über die Besetzung der Tschechoslowakei gelangen will, sollte man u. E. die Überlegungen eines General Hester nicht übersehen. Hugh B. Hester war 1945–47 verantwortlich für das USA-Ernährungs- und Agrarprogramm in der amerikanischbesetzten Zone Deutschlands. Er gewann in dieser Eigenschaft wie selten jemand Einblick in die Hintergründe der deutschen Nachkriegspolitik. Ebenso deutlich konnte er die Wirkungen der Kehrtwendung der USA-Außenpolitik, wie sie bei Roosevelts Tod erfolgte, am deutschen Objekt studieren. Er zeigt im Wesentlichen, dass die Warschau-Pakt-Mächte, angesichts der Reaktion in Deutschland und der gesamten westlichen Presse, Grund zur Angst hatten.

Die Johnson-Regierung, die Massenmedien des Westens, insbesondere diejenigen der USA und Westdeutschlands, haben der Welt einzureden versucht, die Besetzung der Tschechoslowakei sei absolut grundlos erfolgt, sie sei etwas noch nie dagewesenes. Weder das eine noch das andere ist wahr.

Der unmittelbare Grund der Spannung unter den Warschau-Pakt-Mächten war der Führungswechsel in der CSSR im Januar. Die sofortige offizielle Reaktion und das Echo bei den Massenmedien war begeisterte Zustimmung. Die neuen politischen Führer in der CSSR bezeichneten den Wechsel als «kleine Befreiung». Andererseits erregte die scharfe tschechische Kritik an der Sowjetunion, ihr Plan, die Beziehungen, inklusive diplomatische Beziehungen mit dem revanchistischen Nazi-Westdeutschland zu normalisieren, Misstrauen und Angst bei den Warschau-Pakt-Mächten. Das gilt besonders für die Deutsche Demokratische Republik, die Westdeutschland nach eigenem Geständnis übernehmen will, und für Polen, nachdem die westdeutsche Regierung sich nach wie vor weigert, die Oder-Neisse-Linie als Polens Westgrenze anzuerkennen.

Wie man sich erinnert, ging die offizielle westliche Propagandalinie